

Frank-Olaf Radtke

Krieg. Flucht. Terror.

*Was wird aus "unseren Werten und Traditionen"?*¹

Sehr geehrte Frau Dr. Buch, sehr geehrte Frau Schmiedeknecht,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brechter, meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Jahr 2016 hat nicht gut begonnen – jedenfalls in der veröffentlichten Wahrnehmung nicht. Und die Verschnaufpause, die das christliche Weihnachtsfest und das Ritual des Jahreswechsels in öffentlichen Debatten zumeist auch der Politik verschafft, war nur ganz kurz.

1. Ein Rendezvous mit der Globalisierung?

Finanzminister Schäuble und dann auch Bundeskanzlerin Merkel sprachen schon vor Weihnachten mit Blick auf die große Zahl der Schutz- und Asylsuchenden, aber mit größerer Dringlichkeit noch nach den verheerenden Terroranschlägen von Paris, von einem ‚Rendezvous mit der Globalisierung‘. Was sie damit meinten? Das Ende der Illusion „eines Kerneuropas als mauerloser Paradiesgarten in einer Welt des Elends“, wie der Philosoph Wolfram Eilenberger im jüngsten „Spiegel“ pointiert formuliert. Mit dieser Einbildung sei es nun vorbei.

Auch 2015 ist in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder gestiegen (sogar pro Kopf, trotz erhöhter Zuwanderungsraten); es bleibt bei exorbitanten Exportüberschüssen (trotz oder gerade wegen des Ölpreises); die Steuermehreinnahmen aller Gebietskörperschaften steigen über alle Erwartungen, die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten hat einen neuen Rekord erreicht (trotz oder gerade wegen des Mindestlohnes) ebenso wie das Passagieraufkommen am Frankfurter Flughafen neue Höchstmarken erreicht (trotz Reisewarnungen) – um beliebige Indikatoren für unseren insularen Wohlstand herauszugreifen. (Im Heilbronner Land wissen Sie, wovon die Rede ist!).

Auch der polnisch-britische Soziologe Zygmund Baumann sieht in den Flüchtlingen „Boten der Globalisierung“. An unsere Türen klopfen die „Überbringer schlechter Nachrichten“, die von Krieg, Terror, lebensbedrohender Not, Hunger, Elend und Zukunftslosigkeit, aber vor allem davon künden, dass die Globalisierung Gewinner und Verlierer kennt. Die Flüchtlinge führen uns die Kollateralschäden

¹ Festvortrag beim Neujahrsempfang der Ev. Kirchengemeinde Bad Wimpfen am 23. Januar 2016

der Globalisierung vor Augen; sie zeigen uns, was wir lieber vergessen oder übersehen möchten. (Wer möchte schon wissen, wie es in den sog. „sicheren Herkunftsländern“ wirklich aussieht?).

Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollten, die Einsicht lässt sich nicht länger abweisen, dass Deutschland auf Kosten des „globalen“ wie des europäischen Südens prosperiert. Bei einer Feier zu Ehren von Walter Eucken, dem Erfinder der „Sozialen Marktwirtschaft“, sagte die Bundeskanzlerin jüngst in Freiburg vorsichtig mahnend, Globalisierung bedeute nicht nur „goldene Exportraten und unbegrenzte Absatzmärkte.“

Die Staatsministerin im Kanzleramt und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, spricht von einer „Weltkrise“, was ja nur heißen kann, dass die bisherigen Politiken national wie transnational nicht erfolgreich waren und so nicht weitergeführt werden können. Das Auswärtige Amt hat sich organisatorisch auf den neuen Zustand schon eingestellt. Eine seiner drei Hauptabteilungen soll sich fortan mit der Frage beschäftigen, wie mit den Krisen der Welt umgegangen werden soll und kann. Der Außenminister Steinmeier wird mit dem Satz vernommen, die Krise werde in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren der Normalzustand sein.

Wenn wir die Diagnose einer „Weltkrise“ gelten lassen, hieße das im Klartext, dass wir werden lernen müssen, mit Krieg, Flucht und Terror zu leben (nach „Köln“ wäre eventuell noch sexuierte Gewalt hinzuzufügen). Das sind keine guten Aussichten! Dennoch, es besteht nicht nur Anlass zu Angst, Hysterie und Sorge. Aus der Anstrengung zur aktiven Bewältigung von Krisen, die auf einer realistischen Einschätzung der Lage beruht, können auch neue Kräfte freigesetzt werden, wenn vorhandene Potentiale ausgeschöpft und Chancen der Erneuerung und des innenwie außenpolitischen Umdenkens genutzt würden. Die Vielzahl freiwilliger Helfer, karitativer Organisationen und kommunaler Behörden, die angesichts des Notstandes nach der Öffnung der Grenzen im vergangenen September rasch und wirksam in Aktion getreten sind, ist ein solcher Grund der Zuversicht. Die geradezu zelebrierte, im Ausland verwundert kommentierte „Willkommenskultur“ wird als „Triumph der Zivilgesellschaft“ gedeutet, die staatliche Überforderung auszugleichen hatte. Man nimmt sie als Indiz dafür, dass sich Deutschland unter der Oberfläche, jenseits von allem innenpolitischen Getöse, bereits längst auf die neue Lage eingestellt hat.

Die derzeit äußerst dynamischen Flucht- und Wanderungsbewegungen nach und in Europa sind kein unvorhersehbares Naturereignis und keine Überraschung. Sie haben komplexe historische Ursachen, die mit dem Zerfall und der Niederlage des Osmanischen Reiches vor einhundert Jahren beginnen; sie hängen zusammen mit dem europäischen Kolonialismus und Imperialismus und den von den Siegermächten nach dem 1. Weltkrieg willkürlich gezogenen Grenzen; zu den Ursachen gehört der Öl-Hunger der westlichen Industrieländer nach dem 2. Weltkrieg, dann der 1. Irak-Krieg gegen Saddam Hussein nach der Okkupation Kuweits, der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001, die darauf folgenden Kriege gegen Afghanistan, der 2. Irak-Krieg mit dem Ziel des Regimewechsels; aktuell der nun

schon fünf Jahre (!) dauernde Bürgerkrieg in und um Syrien, nicht zu vergessen die von Tunesien ausgehende sogenannte „Arabellion“ und ihre Folgen für Ägypten und Libyen. Wer interessiert sich noch für die Zustände im Sudan, in Somalia oder Zentral-Afrika?

Nach dem Rückzug der westlichen Interventionstruppen aus Afghanistan und dem Irak erhebt sich aus den Trümmern zerstörter Staaten eine Terror-Organisation, der „Islamischer Staat“, die in der Lage zu sein scheint, die ganze Welt in Angst und Schrecken zu versetzen. Der erneut, dieses Mal von Frankreich ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ soll nun mit koordinierten Bombardements den Frieden bringen.

Europa könne nicht bloß als ein „Geschäftsmodell“ bestehen, sagt die Bundeskanzlerin, vielmehr stehe die Europäische Union nach der EURO-/Griechenlandkrise, der Krise um die Ukraine (mit der erneut drohenden militärischen Ost-West-Konfrontation) auch in der Flüchtlingsfrage in einer „Bewährungskrise“. Es geht um die Frage, ob die EU als Bündnis „globalisierter Nationen“ (!) fortbestehen könne oder ein Rückfall in den überwunden geglaubten Nationalismus drohe. Aufgerufen scheint die Aufgabe, das Selbstverständnis Deutschlands als Nation in Europa und der Welt an die aktuellen Herausforderungen anzunähern. Eher innen- bzw. parteipolitisch motiviert, vermittelt über Signal- bzw. Symbolpolitik (Asylpakete), wird zum ersten Prüfstein des europäischen Zusammenhalts die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen in Europa, bekannt unter der Chiffre „Schengen“. Sie wird zum Kernelement des gemeinsamen Binnenmarktes erklärt, an dem sich die Zukunft Europas entscheide. Die Wirtschaftsverbände erheben bereits warnend ihre Stimme.

Im Folgenden werde ich in vier Schritten versuchen, die aufgeheizte Diskussion um Obergrenzen, Grenzkontrollen, Hot-Spots, Rechtsverstöße, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die sich im Kern um den Konflikt dreht, ob Deutschland bereits ein Einwanderungsland ist, das auch sein will oder nicht, mit soziologischen Mitteln auf Abstand zu bringen. Beschäftigen werde ich mich mit den Fragen, wie sich unser Zeiterleben, also das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, unter den Eindruck der öffentlich diskutierten „Weltkrise“ verändert (hat), welche Funktion die Rückbesinnung auf „unsere Werte und Traditionen“ in diesem Zusammenhang übernimmt, aus welchen Argumentationshaushalten in den Debatten über die Krisenbewältigung geschöpft wird. Meine Absicht ist, etwas zur Ernüchterung, vielleicht auch zur Versachlichung beizutragen; mein Plädoyer wird sein, mit Gelassenheit pragmatisch das zu tun, was möglich ist und aus humanitären Gründen getan werden muss.

2. Das kulturelle Zeitverhältnis

Wir kennen die Welt, jedenfalls die entfernte, nur aus den Publikumsmedien. Sie versorgen uns – nach eigenen Gesichtspunkten der Aufmerksamkeitsökonomie – mit einprägsamen Bildern, im ständigen kommerziellen Wettbewerb mit anderen Anbietern von Neuigkeiten. Sie steuern mit ihrer Auswahl aus dem komplexen und

unübersichtlichen (Welt-)Geschehen, mit der Art der Thematisierung bzw. De-Thematisierung von Ereignissen unsere Wahrnehmung, unsere Empfindungen und unsere Reaktionen darauf, mit einem Wort unser *Erleben*. (In Köln waren wir, freilich mit Verzögerung, offenbar alle dabei!) Überlegen Sie nur, was in der Berichterstattung alles nicht vorkommt und doch geschehen ist und geschieht! (Dass die Medien dabei selbst gesteuert und manipuliert werden können von PR-Strategen, die Events inszenieren, um das Publikum mit ihren Botschaften zu erreichen, muss hier nicht eigens diskutiert werden).

Wanderung (Migration) ist ein nicht klar abgrenzbarer, also in hohem Maße *beobachtungsabhängiger* Gegenstand. Der Begriff schließt erwünschte Mobilität ebenso ein wie die zeitweise Anwerbung von Arbeitskräften, aber auch individuelle Flucht oder gewaltsame Vertreibung. In solche Unterscheidungen sind Bewertungen bereits eingeschrieben.

Professionelle Beobachter in den Medien, in der Wissenschaft und der Politik können die immer stattfindenden, unterschiedlich motivierten Wanderungsbewegungen lange unbeobachtet und unthematisiert lassen – solange, wie sie keinen Neuigkeitswert haben (Medien), keine theoretische Herausforderung darstellen (Wissenschaft) oder keine bindenden Entscheidungen erfordern (Recht, Politik). Politiker haben ohnehin die Neigung, Probleme erst und nur dann wahrzunehmen, wenn sie bereits eine akzeptable, d. h. mehrheitsfähige Lösung vorzuschlagen haben. Dann suchen die Lösungen nach passenden Problemen! Oder Politiker reagieren erst dann, wenn ein Skandal nicht mehr zu leugnen ist – gedenken wir der nach Tausenden zählenden Toten (pro Jahr!) vor der sizilianischen Insel Lampedusa, die den neu gewählten Papst Franziskus schon 2013 auf den Plan riefen. Er beklagte eine „Anonymisierung der Verantwortung“ und warnte Europa vor einer „Globalisierung der Gleichgültigkeit“, ohne in der EU und ihren Institutionen erkennbar Wirkung zu erzielen. Die EU, allen voran Deutschland, ließ, mit den zynischen Verweis auf das Dublin-Abkommen, Italien mit dem Problem allein, wie auch Griechenland und Spanien. In Brüssel, wo man im Angesicht von 366 Särgen gelobt hatte, so etwas dürfe sich nie wiederholen, herrscht bis heute Hilf- oder zumindest Ratlosigkeit, ja Lähmung, die ihre Ursache in Interessengegensätzen, Kompetenz- und Verteilungskonflikten hat, aber auch in der Einsicht, dass Europa vor einer Aufgabe steht, für die niemand eine wirksame Lösung hat.

Mit etwas soziologischer Distanz betrachtet, befinden wir uns in einer turbulenten Phase der Evolution der Weltgesellschaft mit unvorhersehbaren Ergebnissen. Die Globalisierung scheint außer Kontrolle geraten. Wir leben nicht erst seit dem 11. September 2001 mit einem veränderten *kulturellen Zeitverhältnis*. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann diagnostiziert einen Wechsel des „kulturellen Zeitregimes“. An die Stelle eines modernisierungsfroh begründeten Vertrauens in die Zukunft, das bis weit in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts in einem geläufigen, technologie-getriebenen Fortschrittspathos ausgedrückt wurde, sei eine kulturkritisch motivierte Sorge, ja Angst vor der Zukunft getreten. In dem Maße, in dem optimistische Zukunftsvisionen verblasst und an ihre Stelle ein erhöhtes Risikobewusstsein getreten sei, werden eher technologische, demographische, ökologische und soziale Gefahren denn Chancen und Potentiale beschworen; auf der Suche nach

Halt und Orientierung erleben wir, so Assmann, „die überraschende kulturelle Aufwertung von Vergangenheit und Erinnerung als globales Phänomen“. Die Zukunft scheint ihre Dominanz als „Medium gesellschaftlicher Selbstbeschreibung“ (Luhmann) zu verlieren, von zukunftsöffener Erwartung wird wieder auf gesicherte Erfahrung, auf das Bewährte, also auf *Werte und Tradition* umgestellt. Das historische Erbe wird als strukturierende Macht angerufen, welche die erlebte Unsicherheit beheben soll.

Das „Doppelvertrauen auf Evolution und Politik“, wie der Soziologe Niklas Luhmann formuliert, sei verloren gegangen. Den Glauben, Politik könne als Präzeptor (Zuchtmeister) der Evolution auftreten, sie könne Geschichte machen, Entwicklungen zum Guten hin steuern, hat nicht zuletzt diese selbst deutlich relativieren müssen. Das gilt für die nationale Politik einzelner Staaten (zumal in Europa) ebenso wie für transnationale Anstrengungen von Verbänden (G 7-20, OECD, IWF, WB, UN, EU), die auf die ökonomische, demographische oder ökologische Entwicklung der Weltgesellschaft einwirken wollen.

Der Vorwurf des „Staatsversagens“, der auf Probleme der inneren Sicherheit oder gravierende Mängel in administrativen Abläufen von Bundes- und Landes-Behörden zielt, die im Zuge der neo-liberalen Austeritätspolitik „arm gespart“ wurden, mag angesichts der Dauer und Lückenhaftigkeit der bürokratischen Asylverfahren berechtigt sein, greift aber zu kurz. Die Frage ist, ob es für die Lösung der anstehenden Aufgaben überhaupt geeignete Mittel und Wege gibt. Absichten, Pläne (ob A oder B), Programme, Politiken kommen in der weltgesellschaftlichen Evolution *auch* vor, aber bloß als ein (kleines, zudem von antagonistischen Interessen zersplittertes) Element unter anderen; einzelne Initiativen gehen unter in dem überaus komplexen Geschehen, das von den wissenschaftlichen Disziplinen der Ökonomie (Märkte), der Demographie (Reproduktion, Migration) und der Ökologie (Natur) als jeweils eigenlogischer Prozess beschrieben, aber in seinem Zusammenspiel längst nicht verstanden wird und schon gar nicht, weder technisch noch politisch, kontrolliert werden kann. Die soziale Evolution der Weltgesellschaft ist so wenig oder so gut zu prognostizieren wie das Wetter. Wir beginnen zu begreifen, dass wir in einer hyperkomplexen Weltgesellschaft leben, die ihre Evolution längst nicht (mehr) selbst kontrollieren kann. Gegen Überraschungen helfen auch keine Algorithmen.

3. Werte und Rechte

In einer unsicheren Lage, bei erhöhter Ungewissheit über zukünftige Entwicklungen, setzt die Suche nach Gewissheiten ein. Das Publikum verlangt nach Halt, die Sehnsucht nach Eindeutigkeit und der Wunsch nach einfachen Lösungen bricht sich Bahn – nicht nur in Dresden. Das ist die Stunde der Rückbesinnung auf „unsere Werte und Traditionen“, wobei das besitzanzeigende Pronomen „unsere“ unverzichtbar ist. In Merkels viel gelobter Rede auf dem Karlsruher Parteitag kurz vor Weihnachten kommt diese Verbindung acht Mal vor.

Was sind Werte? Um welche Werte geht es? Ein Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hilft da überraschender Weise nicht weiter. Dort

kommt das Wort *Wert* als Substantiv nur einmal als *Vermögenswert* und als Adjektiv einmal in der Verbindung *geldwert* vor – womit bereits die Herkunft des Begriffs aus der Ökonomie angedeutet wäre – , sonst ist durchgehend von (Grund-)*Rechten* die Rede, in denen sich die Werte spiegeln mögen. Dazu gehört das Recht auf Asyl aus Art. 16, das, wie immer modifiziert, als *Individualrecht* formuliert ist, nicht als „Wert“. Art. 3, GG bestimmt: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“ – ich komme darauf zurück.

Fündig wird man im EU-Vertrag (2009), also in jenem Dokument, das eine Verfassung, auf die man sich im Europa der Nationalstaaten nicht einigen konnte, ersetzen muss. Dort heißt es in Art. 2 „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“. (Wie groß die Auslegungsspielräume sind, zeigen aktuelle Konflikte mit den EU-Mitgliedstaaten Ungarn und Polen).

Wie unterscheiden sich Rechte, die von einem Rechtsstaat garantiert werden und u. U. gegen administrative Entscheidungen eingeklagt werden können, von Werten, zu denen eine Staaten-Gemeinschaft sich bekennt? Von dem Rechtsphilosophen Carl Schmitt stammt eine prägnante Unterscheidung, die hier weiterhelfen kann: „Tugenden übt man aus; Normen (das Grundrechte im oben angesprochenen Sinne, FOR) wendet man an; Befehle werden vollzogen; aber die Werte werden gesetzt und durchgesetzt. Wer ihre Geltung behauptet, muss sie geltend machen“. Ja, meine Damen und Herren, Werte gelten oder gelten nicht! Da sie paradox angelegt sind: Freiheit *und* Gleichheit; Selbstverwirklichung *und* Solidarität, sind sie, anders als Gebote und Verbote, von geringem Direktionswert für das Handeln. Man kann sich an ihnen orientieren, muss aber nicht! Tatsächliche Abweichungen von den Werten (Krieg, Ungleichheit) können als zeitbedingt gedeutet und prinzipiell, also in der Zukunft, für überwindbar erklärt werden.

Werte sind, grundsätzlich und wenn es konkret wird, umstritten, immer relativ zueinander, es gibt höhere und geringere Werte, Werte können je nach Kontext, Konstellation und Interesse außer Kraft gesetzt werden (Guantanamo), in Konflikt geraten mit anderen Werten usw. Wie Carl Schmidt sagte, man muss sie und damit sich gegen andere durchsetzen. Werte artikulieren Wünschbarkeiten und benennen das Gegenteil dessen, was man nicht haben möchte: Frieden ist besser als Krieg (aber es gibt auch Kriege, die dem Frieden dienen sollen); Gleichheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Toleranz und eine lebenswerte Zukunft sind allemal besser als ihr Gegenteil. Werte werden zur Projektionsfläche ganz unterschiedlicher Vorstellungen, Interessen, Forderungen und eben Wünsche. Aber, diese Bewertungen sind trivial und ohne Gebrauchswert, solange sie situativ ausgelegt werden können und eben, weil man sich nicht einigen kann, nicht zur Norm erhoben, rechtlich kodifiziert und angewendet werden.

Die metaphorische Verwendung des Begriffs *Wert* außerhalb der Ökonomie ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Eine eigene Wertephilosophie (Axiologie) entstand gerade hier im Südwesten als Folge des mit der Aufklärung ausgelösten Zusammenbruchs der Glaubwürdigkeit jeglicher Art von normativ verbindlicher Metaphysik. Die Religionskritik, die Friedrich Nietzsche auf die prägnante Formel vom „Tod Gottes“ gebracht hatte, der Aufstieg der positivistischen Naturwissenschaften, die Einsicht in die Traditionsgebundenheit und damit Relativität des Denkens, welche der Historismus hervorkehrte, aber auch die kapitalistische Industrialisierung, die alle Lebensvollzüge den Gesetzen von Effektivität und Effizienz zu unterwerfen begann, ließen eine klaffende Leerstelle entstehen. Der Philosoph Martin Heidegger sprach davon: „Der Wert und das Werthafte (seien) zum positivistischen Ersatz für das Metaphysische“ erhoben worden. In einer entgötterten Welt, in der es keine offenbaren Wahrheiten als Letztbegründungen mehr gibt, sind Individuen oder Kollektive gezwungen, selbst Wertentscheidungen für sich zu treffen. Werte bilden eine Art Ersatzreligion, freilich ohne einen festen Rückhalt im Glauben. Dass sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel in ihrer Parteitage Rede zweimal ausdrücklich auf Gott beruft („die von Gott gegebene Würde jedes einzelnen Menschen“/„Jeder Mensch hat die Würde, die ihm von Gott geschenkt wurde“) lässt sich als Suche nach Letztbegründung/Transzendenz/Metaphysik zur Legitimation für die Alternativlosigkeit der eigenen Politik deuten. Religionsgemeinschaften wehren sich – zu Recht – gegen ihre Ausnutzung als Quelle zur Rechtfertigung einer menschengemachten Werteordnung und darauf begründeter Politiken, die sich mit vagen Hinweisen auf Transzendenz begnügt.

Aber das Problem hat sich im 20. Jahrhundert noch verschärft. Ein hoher Wert in plural verfassten Gemeinwesen ist der *Werte-Relativismus*. Es herrscht Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit. Es gibt die allgemeine Vernunft, aber auch die am Fortschritt ausgerichteten großen Ideologien/Weltanschauungen nicht mehr, die Kriterien für verbindliche politische Entscheidungen vorgeben könnte, nicht einmal für die fundamentalen Regeln des Zusammenlebens und des Anstandes.

Unter dem Vorzeichen des gewollten Pluralismus sind wir gezwungen, uns zu verständigen! Wir müssen über unsere soziale Ordnung, wenn man so will, über die Kultur des Zusammenlebens, in der Weltgesellschaft verhandeln! Nur: Wer sind wir und mit wem verhandeln wir?

Unter dem „Kampf der Kulturen“, den der amerikanische Politikberater Samuel Huntington bereits 1993, lange vor 9/11, beschworen hatte, scheint ein „Kampf der Werte“ durch, der als Identitätspolitik bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen getrieben werden kann. Mit Blick auf die jüngere deutsche Geschichte wäre an den erbitterten „Kulturkampf“ zu erinnern, der nach der Gründung des Kaiserreiches von 1871-78 um die Säkularisierung, das hieß die Trennung von römisch-katholischer Kirche und Staat, geführt wurde. (Die Protestanten hatten sich schon früh mit den jeweiligen Landesherren arrangiert!) In solchen zugespitzten Situationen wird die Berufung auf „Werte“ tendenziell polemogen, um es mit Niklas Luhmann zu sagen, d. h. *kriegserzeugend*. Werte werden zu Vehikeln der Rechthaberei, die anderen hingehalten werden wie ein Stöckchen, über das sie springen müssen. Jeder hat *seine subjektiven* Werte, die viel mit Interessen zu tun haben. Wenn es zum

Kampf kommt, wird die Geltung von Werten zur Machtfrage. Wer hat weniger Skrupel, wer hat die größere Durchsetzungskraft? Unter diesen Umständen hat man wenig Anlass zu der Annahme, dass man immer schon im Recht ist.

4. Widersprüchliche Argumentationshaushalte

Hinter dem giftigen, hoch emotionalisiert geführten Streit um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, in dem zugleich Weltoffenheit (Märkte) und Kontrolle der Außengrenzen (Migration) gefordert, der Untergang des Abendlandes nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Feuilletons der Leitmedien beschworen wird (Die Schriftstellerin Monika Maron z. B. schreibt, Deutschland sei „... in seinem politischen und kulturellen Fundament gefährdet“, mit dem Begriff „kollektiver Selbstmord“ überbietet sie noch Thilo Sarrazins Millionen-Bestseller: „Deutschland schafft sich ab“), hinter solchen wilden Übertreibungen also werden zwei Argumentationshaushalte erkennbar, die jeder für sich auf eine lange Tradition verweisen und gute, ernst zu nehmende Gründe mobilisieren können: *Souveränität* und *Solidarität*. Aus ihnen werden die Argumente zur Begründung der Werte entnommen, denen man jeweils zur Geltung verhelfen will.

Ich beginne mit einem Beispiel: Kurz vor Weihnachten, als die Regierung in der Flüchtlingsfrage auf Signalpolitik umzustellen begann, um vor dem Publikum Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, protestierte der Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften (iaf e. V.) in einer Pressemitteilung (18. 12.) gegen die angekündigte Einschränkung des Familiennachzuges mit Verweis auf die christliche Weihnachtsbotschaft: „Gerade in einer Zeit, in der es vermehrt um Nächstenliebe und Solidarität gehen sollte, fallen familienfeindliche Regelungen noch stärker ins Auge.“

Die Berufung eines Interessenverbandes auf *Nächstenliebe* hat den Vorteil, dass an ein als religiös begründetes Handlungsmotiv appelliert wird, das im Glauben verankert ist und klare Handlungsdirektiven vorgibt. Verwiesen wird auf ein Gebot, das an keine Bedingungen geknüpft ist und keiner weiteren Begründung mehr bedarf, das mit dieser rhetorischen Intervention zur Richtschnur der Politik erhoben werden soll.

Was aber ist, worauf begründet sich das hochgehandelte und positiv konnotierte, ebenso oft angerufene Konzept der Solidarität? Soziologisch ist so etwas wie eine moralische Verpflichtung *auf Gegenseitigkeit* gemeint, freilich begrenzt auf bereits konstituierte WIR-Gruppen, etwa soziale Klassen (Gewerkschaften), lokale und regionale Gemeinschaften (Landsmannschaften), auch Konfessionen. Um verstehen zu können, wie Solidaritäten formiert werden, also entscheiden zu können, wer dazu gehört und wer nicht, braucht man Unterscheidungskriterien. Um sich zu unterscheiden und zu vergemeinschaften, kann man auf biologische (Geschlecht, Hautfarbe), ethnische-kulturelle (Sprache, Region, Schicksal) und/oder religiöse Differenzen (Konfession) abheben. Solidarität bildet sich in der Gesellschaft gegen andere Gruppen. Sie ist der Motor von Identitätspolitiken, die auf die Bildung von Wir- und Sie-Konstellationen zielen.

Das heißt, die Solidarität hat nicht nur Grenzen, sie formiert sich ausdrücklich durch Abgrenzung gegen andere. Sie ist auf Kampf aus. Der Protest-Schrei „Wir sind das Volk“ ist ein solcher Vergemeinschaftungs- und Ausgrenzungsversuch. Er enthält zwei Konzepte, die mit den griechischen Wörtern Demos und Ethnos bezeichnet sind. Es ist das Volk, das in der *Demo*-kratie paradoxer Weise die Herrschaft über sich selbst ausüben soll, das hier gegen seine Funktionselementen aus Politik und Medien („die da oben“/„Alt- bzw. Systemparteien“/„Lügenpresse“) protestiert; es ist aber auch das Volk als Kultur- und Schicksalsgemeinschaft (Ethnos), das seine nationalen Traditionen und Werte gegen alle Fremden (Muslime) verteidigt.

Mit dieser Wendung zur Identitätspolitik wechselt der Diskurs über Solidarität in den Bereich des Argumentationspools der *Souveränität*, aus negativer Ausgrenzung derjenigen, denen Solidarität verweigert werden darf, weil sie nicht dazugehören, wird der positive Wert der nationalen *Selbstbestimmung*.

Der in diesem Zusammenhang völlig unverdächtige Jürgen Habermas markiert das Problem, an dem AfD und Pegida sich abarbeiten, aber auch die FAZ und große Teile der Mitglieder aller politischen Parteien, wie folgt: „Es ist dieses ethisch-politische Selbstverständnis der Nation, das von Einwanderung affiziert wird, denn der Zustrom von Emigranten verändert die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in ethisch-kultureller Hinsicht. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht der Wunsch nach Emigration seine Grenze findet am Recht eines politischen Gemeinwesens, seine politisch-kulturelle Lebensform intakt zu halten.“ Bei der letztgenannten Forderung können wir nach „Köln“ beispielhaft an die Geschlechterordnung denken.

Habermas' Antwort ist nicht eindeutig. Den hier unterlegten Begriff der Souveränität hatte bereits im 16. Jahrhundert der französische Staatstheoretiker Jean Bodin in Umlauf gebracht, um den Absolutismus seines Königs gegen die Machtansprüche der Stände zu rechtfertigen. Unter ganz anderen Bedingungen wurde das Konzept im 20. Jahrhundert als Recht auf Selbstbestimmung ins Völkerrecht übernommen und auf Demokratien und Volksgruppen angewendet. Aus diesem semantischen Repertoire schöpft die Ideologie des Nationalismus bis heute die Legitimation für ihre Ansprüche, die zuletzt als Verknüpfung von Selbstbehauptung und Solidaritätsverweigerung die EURO-/Griechenland- wie die Sarrazin-/Abendland-Debatte bestimmt haben. Die vermeintliche Solidargemeinschaft EU mit samt ihrer umfangreichen Werte-Charta hat sich schon im Streit über Transferzahlungen in Kleinstaaten zerlegt und droht in der Flüchtlingskrise endgültig zu zerfallen.

Das Problem, auf das sich Habermas bezieht, nämlich das Recht auf Selbstbestimmung oder auch auf Selbstbehauptung, das sich im Laufe der Periode der Nationalstaaten im 19. und 20. Jahrhundert durchgesetzt hatte, wird nun durch das, was Habermas selbst die „postnationale Konstellation“ nennt, in Frage gestellt. Die Evolution der Weltgesellschaft, nicht zuletzt der Finanzkapitalismus, aber auch die ökologischen und sozialen Folgeprobleme der 2. und 3. Industriellen Revolutionen, die sich von Ländergrenzen nicht mehr einhegen lassen, haben vor aller Augen die nationalen Einflussmöglichkeiten beschränkt. Auch die ganz großen Nationalstaa-

ten (USA, China oder Indien) sind nicht in der Lage, sich gegen die weltgesellschaftliche Evolution abzuschotten. Das wirft die Frage auf, ob nicht der "contrat social", der Gesellschaftsvertrag, der bisher auf Nationen begrenzt war, mit dem Ziel einer neuen Weltordnung reformuliert werden muss. Das war wohl gemeint, als die Bundeskanzlerin von „globalisierten Nationen“ sprach, die ihre Kräfte bündeln müssten, um überhaupt etwas bewirken zu können. Die „Flüchtlingskrise“ macht die Aufgabe einer veränderten Positions- und Selbstbestimmung der einzelnen Staaten in der Weltgesellschaft erneut augenfällig, angesichts der drohenden humanitären Katastrophen aber auch besonders dringend.

Die allgemein geteilte Semantik der Menschenwürde und die daraus abgeleiteten Menschenrechte, die unbedingt überall und für alle gelten sollen, rufen die Vorstellung der Menschheit in einem Weltstaat auf, der solche Rechte garantieren könnte. Wenn die in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Menschenrechte, die mittlerweile für verschiedene Minderheiten in völkerrechtsverbindlichen Konventionen festgeschrieben sind, nicht nur Werte, also Wünschbarkeiten bleiben sollen, müssten mit diesen Rechten auch Teilnahmekancen, d. h. der Zugang zu allen relevanten sozialen Funktionssystemen der Gesellschaft gewährleistet werden, also das Recht auf Arbeit, der Zugang zu Gesundheit, Wohnen und Bildung, intakte natürliche Umwelt, die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und ein auskömmliches Lebens im Alter. Das ist erkennbar eine schöne Utopie. Man hat Wünsche, sieht, was das Problem ist, nicht aber, was die Lösung sein könnte.

Diese Utopie ist niedergelegt in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1776. Sie kennen den Text alle: "We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness". Ähnlich hat dreizehn Jahre später die Französische Nationalversammlung formuliert, als sie die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität, so dürfen wir nach fünfzig Jahren Feminismus formulieren, in Stein meißeln ließ. Auch das sind Werte, die auf ihre Verwirklichung warten. Freiheit des Einzelnen als der Schutz der Privatsphäre ist durch die Technik der Big Data gefährdet, die Ungleichheit der Verteilung des materiellen Wohlstandes hat eine ungeahnte Spreizung erfahren. Der ohnehin zwiespältige Begriff der Solidarität wird von Souveränitätserfordernissen endgültig ausgehöhlt, wenn diese über die Kontrolle staatlicher Grenzen auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit reduziert wird. (Immerhin ist ins Völkerrecht mit der Formel ‚responsibility to protect‘ auch die zweiseitige Aufforderung an die Staatengemeinschaft aufgenommen worden, gegen das Souveränitätsprinzip zu intervenieren, wenn ein Staat Teile seiner Bevölkerung terrorisiert).

5. Schlussbemerkungen

Die Versuche, die Debatte über ein Kernproblem moderner globalisierter Nationalstaaten, die Fragen der Einwanderung und der Integration von Einwanderern mit Hilfe von Werten und über Werte zu bestreiten, führen uns, wie ich versucht habe zu zeigen, entweder in giftige identitätspolitische Kontroversen, unter denen sich Verteilungskonflikte verbergen, oder in den Himmel der Sozial-Utopie.

In einer Situation, in der es einfache, schon gar kurzfristig wirksame Lösungen nicht gibt, aber dringend Entscheidungen bedarf, um die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens, die soziale Ordnung und das Vertrauen der (Wahl-)Bürger zu erhalten, scheint es aussichtsreicher, sich an das bestehende Recht und Gesetz zu halten, also die Normen anzuwenden, auf die man sich im Konflikt der Werte bereits geeinigt hatte. Dass die Rechtsordnung, die eine Garantie von Freiheiten enthält, immer weiterentwickelt und an neue Gegebenheiten angepasst werden muss, gehört zum demokratischen Prozess. An der Meinungsbildung muss die auf einem Territorium anwesende Bevölkerung in ihrer weltanschaulichen und religiösen Vielfalt teilnehmen können, wenn tragfähige Kompromisse erzielt werden sollen. Inhaltlich geht es darum festzulegen, wie Freiheit gelebt werden kann, ohne die Freiheit anderer einzuschränken. Erinnerung sei an das Wort Theodor W. Adornos, Freiheit bedeute, ohne Angst verschieden sein zu können.

Der mittlerweile so strittige Satz „Wir schaffen das!“ verweist auf die operative Ebene der Bewältigung und Gestaltung der real stattfindenden Zuwanderung. Zwar kommen statistisch gesehen Hunderttausende, aber es sind doch einzelne Personen, Mütter, Väter, Kinder und Jugendliche, Alte und Kranke, die alles verloren haben, mit dem Notwendigsten versorgt werden müssen, um auf eine neue Lebensperspektive in Deutschland hoffen zu können.

Aktuell geht es um pragmatische Lösungen, die offensichtlich im Verein von staatlichen Stellen und privater Initiative auch gefunden werden können – Bad Wimpfen ist ein bundesweit beachtetes Beispiel. Es bedarf nicht nur leistungsfähiger administrativer Strukturen und Techniken, die auf gelingende Integration und nicht länger auf Abwehr und Abschiebung eingerichtet werden müssen, nicht nur gut organisierter karitativer Hilfe, die einen Neuanfang ermöglicht, sondern auch das Vertrauen auf die Fähigkeiten der Zuwanderer, die ihre Angelegenheiten selbst organisieren können und wollen.

Der „Gegenwert von Solidarität“, so nun wieder Zygmund Baumann, sei Indifferenz und Vernachlässigung (*neglect*). Wenn Europa nicht noch tiefer in den trüben Gewässern moralischer Gleichgültigkeit und Unmenschlichkeit versinken soll, ist Indifferenz seiner Bürger keine Option. Wir müssen entscheiden, in welchem Land wir leben wollen. Die bereits zitierte Aleida Assmann hat mit Blick auf die von Europa und Deutschland im Besonderen ausgegangenen humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts gesagt: „Nie wieder ein solcher Mangel an Mitgefühl gegenüber Menschen, die am Nullpunkt ihrer Existenz angekommen sind und auf Unterstützung hoffen“.

Das Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde Bad Wimpfen ist ein guter Ort, diese Einsicht zu bekräftigen.